



Einwohnergemeinde-Versammlung

Datum **Dienstag, 24. Juni 2008**
Zeit 20.00 – 21.45 Uhr
Ort Restaurant Rössli, Hasli, Rümligen

Anwesend

Präsident Eduard Probst
Sekretär Beat Graf
Stimmberechtigte Total 46 Stimmberechtigte

Nicht stimmberechtigt

- Beat Graf, Gemeindeverwalter
- Kathrin Schmid, Gemeindeverwalterin ab 01. Juli 2008
- Kaspar Reinhard, Berz Hafner + Partner AG, Ortsplanungsbüro
- Erwin Munter, Berner Zeitung

Bekanntmachung

Amtsanzeiger vom 22. Mai 2008, 29. Mai 2008 und 19. Juni 2008
Info-Blatt „dr Rümliker“

Stimmenzähler

- Hansrudolf Kübli, Riggisbergstrasse 24 J
- Rosmarie Fischer, Oele 110

Der Präsident eröffnet die Versammlung mit dem Hinweis auf die erfolgte Aktenauf-
lage und erläutert die Vorschriften betreffend Stimmrecht, Rechtsmittel und Rüge-
pflicht. Er begrüsst die Gäste, insbesondere die neue Gemeindeverwalterin, Kathrin
Schmid.

Das Stimmregister beinhaltet am heutigen Tag 355 Stimmberechtigte, davon 177
Frauen und 178 Männer.

Die Traktandenliste wird vorgestellt und in der vorliegenden Form genehmigt:

1. Gemeinderechnung 2007, Genehmigung
2. Ortsplanungsrevision, Genehmigung Verpflichtungskredit
3. Verschiedenes

1

08-0131

Gemeinderechnung 2007, Genehmigung

Gemeindepräsident **Eduard Probst** freut sich, einen sehr guten Rechnungsabschluss präsentieren zu können. Die Rechnung schliesst bei einem Aufwand von Fr. 1,42 Mio. mit einem **Ertragsüberschuss von Fr. 98'052.13** erneut gut ab. Es wurden übrige Abschreibungen in der Höhe von Fr. 107'000.— getätigt.

Beat Graf erläutert Einzelheiten der Gemeinderechnung 2007. Diese basiert auf einer Steueranlage von 1.79 (bisher 1.89).

- Die Übertragung des **Spitals Riggisberg** an den Kanton führte zu einem beachtlichen Buchgewinn:

Bestandesrechnung Rümli

Buchwert Spital Riggisberg	+ Fr.	91'381.15
Rückerstattung aus Übertragung an Kanton	- Fr.	114'021.60
Rückerstattung aus Verkauf der Aktiven	- Fr.	<u>21'802.15</u>
Buchgewinn	Fr.	44'442.60

Budgetiert war ein Buchgewinn von Fr. 17'050.—

- Grosse Abweichungen im Bereich **Finanzen und Steuern**
Es sind zusätzliche **Steuererträge** eingegangen, insbesondere im Bereich Einkommenssteuern. In früheren Jahren wurden vorsichtigere Ertragszunahmen budgetiert, für das Jahr 2007 waren aber optimistischere Erträge eingeplant, welche nun sogar noch übertroffen wurden. Es konnten Steuern aus Sonderveranlagungen von Fr. 33'408.— verbucht werden. Ausnahmsweise hielten sich die Abschreibungen auf einem tiefen Stand von Fr. 1'582.—.

Die Erträge aus dem **Finanzausgleich** in der Höhe von Fr. 85'425.— entsprechen den Erwartungen.

- Mit der vorliegenden Gemeinderechnung sollen **Übrige Abschreibungen** von Fr. 107'000.— vorgenommen werden. Die Gemeinde Rümli muss dadurch in den nächsten Jahren tiefere Abschreibungen vornehmen.

- **Spezialfinanzierungen**

Die **Wasser-** und die **Abwasserrechnung** haben mit einem deutlichen Ertragsüberschuss abgeschlossen, hauptsächlich aufgrund eingegangener Anschlussgebühren. Ohne diese Anschlussgebühren wäre der erwartete Aufwandüberschuss eingetreten, der zum Abbau der Überschüsse aus früheren Jahren geführt hätte. Da das Verwaltungsvermögen bereits abgeschrieben ist, fliessen Anschlussgebühren als Ertrag in die Laufende Rechnung ein. Die hohen Guthaben in den beiden Rechnungen würde die Senkung der Gebühren erlauben.

Bei der **Kehrichtrechnung** konnte nach mehreren Jahren wieder ein Ertragsüberschuss von Fr. 32.73 erzielt werden. Der Vorschuss der Gemeinderechnung an die Kehrichtrechnung von insgesamt Fr. 11'353.52 muss bis ins Jahr 2012 abgebaut sein. Es wurden verschiedene Massnahmen angeordnet, um dieses Ziel erreichen zu können. So wurden die Gebühren bereits erhöht. Es ist wichtig, dass die deponierten Gebinde und Säcke mit den richtigen Gebührenmarken versehen werden.

- Im Bereich der Investitionsrechnung konnte von Desinvestitionen Kenntnis genommen werden. Es flossen also mehr Einnahmen ein als Ausgaben getätigt wurden; dies vor allem aufgrund der Anschlussgebühren und den Erträgen aus der Übertragung des Spitals an den Kanton. Investitionen wurden vor allem getätigt im Bereich der Strassensanierungen und bei der Isolation des Estrichs im Schulhaus.
- Das Eigenkapital liegt nach Verbuchung des Ertragsüberschusses per 31. Dezember 2007 auf Fr. 492'618.14.

Rechnungsprüfung

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Gemeinderechnung 2007 auf Basis der Kantonsvorgaben geprüft. **Andres Haueter** orientiert die Stimmberechtigten über die erfolgte Prüfung. Die Rechnung kann ohne Vorbehalt zur Genehmigung empfohlen werden. Er dankt dem Gemeinderat sowie dem Team der Gemeindeverwaltung für die einwandfreie Rechnungsführung, die gute Vorbereitung der Revisionsarbeiten und die kostenbewusste Geschäftsführung. Es wurde festgestellt, dass der Gemeinderat auch in der neuen Zusammensetzung gut funktioniert.

Als zusätzliche Aufgabe ist die Rechnungsprüfungskommission mit der Datenschutzaufsichtsstelle betraut. Die Kontrolle bezüglich Einhaltung des Datenschutzgesetzes hat ergeben, dass die Vorkehrungen in der Gemeinde Rümligen zweckmässig und ausreichend sind.

Andres Haueter dankt dem Gemeinderat und insbesondere auch Beat Graf, Gemeindeverwalter, für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Er wünscht Beat Graf für die Zukunft in seiner neuen Aufgabe alles Gute.

Diskussion

Urs Marti bemerkt, dass er im Jahr 2006 anlässlich der Budgetberatung für das Jahr 2007 einen Antrag gestellt habe, die Steueranlage um einen zusätzlichen Zehntel zu senken, was abgelehnt wurde. Die Gemeinderechnung schliesst bereits zum vierten Mal mit einem beachtlichen Ertragsüberschuss in der Höhe von 4-5 Steuerzehnteln ab. Er fragt nach dem Sinn und Zweck der Strategie des Gemeinderates, solche Ertragsüberschüsse zu erwirtschaften. Er ist damit einverstanden, dass das Eigenkapital in der Höhe von rund 6 Steuerzehnteln gehalten wird, obwohl der Kanton eine Höhe von rund 3 Zehnteln empfiehlt. Die Reserven in der Höhe von nunmehr 12 Zehnteln erachtet er aber als zu hoch.

Eduard Probst vergleicht die Gemeinde Rümligen mit den Durchschnittswerten anderer Gemeinden und stellt fest, dass Rümligen aus Sicht der Höhe des Eigenkapitals mit vielen anderen Gemeinden vergleichbar ist. Mit dem Eigenkapital sollen allfällige Schwankungen aufgefangen werden können. Die Steueranlage wurde bereits um 3-4 Steuerzehntel gesenkt. Eine weitere Senkung für das Jahr 2009 ist absehbar. Es gehört zur vorsichtigen Strategie des Gemeinderates, die Steuern gestaffelt zu senken, ohne kurzfristig wieder Erhöhungen vornehmen zu müssen. Die Steueremehrerträge sind oft deutlich mehr gestiegen, als dies gestützt auf kantonale Berechnungsgrundlagen möglich gewesen wäre.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat der Einwohnergemeinde Rümligen hat die vorliegende Jahresrechnung mit allen Bestandteilen an seiner Sitzung vom 21. April 2008 genehmigt und beantragt der Gemeindeversammlung:

- **Genehmigung der Vornahme von übrigen Abschreibungen von Fr. 107'000.—.**
- **Genehmigung der Jahresrechnung 2007 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 98'052.13.**
- **Kenntnisnahme der Nachkredite von Total Fr. 63'027.90**

Beschluss

Die Gemeindeversammlung genehmigt die Gemeinderechnung 2007 analog dem Antrag einstimmig.

2

04-0211

Ortsplanungsrevision; Genehmigung VerpflichtungskreditErläuterungen Gemeinderat

Eduard Probst erläutert die Ausgangslage. Die Gemeinde Rümligen hat im Jahr 1990 die letzte, ordentliche Ortsplanungsrevision vorgenommen. Im Jahr 2000 beschloss die Gemeindeversammlung, im Quartier Oele-Schindelacker mit einer geringfügigen Änderung, rund 4 Parzellen neu einzuzonen. Im Jahr 2003 hat die Gemeindeversammlung die Weilerzone Hasli geschaffen. Das vorliegende Baureglement und die Planungsgrundlagen genügen rechtlich nicht allen aktuellen Anforderungen. So müssen auch die Schutzgebiete und die landwirtschaftlichen Flächen in die Planung aufgenommen werden. Die Gefahrenkarte wurde bereits in Auftrag gegeben. Mit der Ortsplanungsrevision sollen die Bedürfnisse der nächsten 15 Jahre abgedeckt werden können. Der kantonale Richtplan erlaubt der Gemeinde ein Wachstum von 4 %, was ungefähr 18 Personen entspricht. Auch die Wohnungsbelegung sinkt. Damit die Bevölkerungszahl gehalten werden kann, müssen neue Baulandflächen zur Verfügung gestellt werden. Aus all diesen Gründen besteht also eine Pflicht und ein Bedürfnis, die Ortsplanung zu überarbeiten.

Max Leiser erläutert den Zeitplan des Projektes. Er weist insbesondere auf die Möglichkeit der Mitwirkung der Bevölkerung hin und lädt diese ein, aktiv Ideen und Vorschläge einzubringen. Die Bevölkerung wird regelmässig durch den Gemeinderat über den Bearbeitungsstand informiert. Die Gemeindeversammlung soll Ende 2009 über die neue Ortsplanung befinden können.

Eduard Probst ergänzt und zeigt auf, dass die Planungsarbeiten auch aufzeigen sollen, welche Folgekosten für die Erschliessung entstehen werden. Er erläutert die direkten Folgekosten in der Laufenden Rechnung, welche der heutige Beschluss über den Kredit auslösen würde.

Diskussion

Franz Prankl sieht in der vorliegenden Vorgehensweise eine Unsicherheit, ob die Bevölkerung die Ergebnisse der Ortsplanungsrevision auch tatsächlich genehmigen wird. Er fragt und schlägt vor, ob zuerst die Bedürfnisse der Bevölkerung erfragt werden sollten, damit eine genehmigungsfähige Lösung erarbeitet werden kann.

Eduard Probst argumentiert, dass genau das vorgeschlagene Verfahren dazu dienen soll, die favorisierten Modelle zu erarbeiten. Das Mitwirkungsverfahren, und bei Bedarf auch das Einspracheverfahren, sollen dazu führen, dass schliesslich eine Variante vorgelegt wird, die von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird.

Kellard Arber erkundigt sich nach den im Zeitplan aufgeführten Verträgen und fragt, welche damit gemeint sind.

Eduard Probst verweist auf allfällige Verträge mit Nachbargemeinden für die Erschliessung der Wasserversorgung sowie auf Verträge mit Grundeigentümern, um klären zu können, ob diese auch bereit sind, ihr Land einzuzonen.

Kellard Arber äussert Bedenken, dass die favorisierten Landflächen dadurch bereits zu stark vordefiniert seien und damit kein Einfluss der Bevölkerung mehr möglich ist.

Matthias Burkhalter ist nicht überzeugt, dass ein Wachstum für die Gemeinde auch wirklich sinnvoll ist. Er fragt nach den Hauptgründen, weshalb der Gemeinderat die Ortsplanungsrevision starten will.

Eduard Probst verweist auf das Leitbild der Gemeinde, welches ein Wachstum vorsieht. Bei der Erarbeitung des Leitbildes wurde auch die Bevölkerung miteinbezogen. Rümliigen soll dadurch als attraktiver Wohnort gefördert werden.

Monika Arber ist nicht sicher, ob die Attraktivität überhaupt gesteigert werden kann. Sie fragt, ob denn auch wieder ein Dorfladen entstehen könnte.

Eduard Probst ist bestrebt, die Schule nicht zu schliessen und ein möglichst attraktives Bildungsangebot zu erhalten, analog den Vorgaben im Leitbild.

Hans Zoss fragt nach dem finanziellen Nutzen für die Gemeinde.

Kaspar Reinhard erläutert die Berechnungsgrundlagen und die Möglichkeiten zur Einzonung von neuen Flächen. Bereits aus Sicht der tieferen Wohnungsbelegung entsteht ein Bedarf an neuem Bauland.

Monika Arber möchte bei der Bevölkerung zuerst eine Umfrage durchführen, welche die Bedürfnisse nach neuem Bauland aufzeigen soll.

Eduard Probst verweist auf 2 Einzonungsgesuche, welche dem Gemeinderat bereits vorliegen. Diese können nicht losgelöst von einer Ortsplanungsrevision behandelt werden.

Urs Marti erinnert an seinerzeitige Äusserungen des Gemeinderates, die Bereiche Abwasser und Wasser würden an Grenzen stossen und es könnten keine neuen Flächen eingezont werden, ohne grosse Investitionen tätigen zu müssen. Es sei wichtig

zu wissen, dass die Ertragsüberschüsse der Gemeinderechnung nicht für die Erschliessungskosten eingesetzt werden dürfen.

Eduard Probst weist darauf hin, dass das Wasser- und Energiewirtschaftsamt bei den bisherigen Planungen auch die Gemeinde Rümligen eingerechnet hat, so zum Beispiel bei einem Reservoir-Bau in einer Nachbargemeinde. Tarifierhöhungen in den Bereichen Wasser und Abwasser sind gestützt auf die Einzonungen nicht zu erwarten.

Beat Graf erläutert die finanziellen Zusammenhänge. Die Reserven in den Spezialfinanzierungen Werterhalt Abwasser und Wasser können für Neuinvestitionen verwendet werden. Erträge sind ausserdem möglich mit Anschlussgebühren von Neubauten. Mit Verträgen im Bereich Mehrwertabschöpfung sollen die Kosten für Erschliessungsanlagen gedeckt werden können. Die Grundeigentümer sollen mit dem verkauften Bauland trotz Mehrwertabschöpfung noch einen Gewinn erzielen können. Mit neuen Baulandflächen sollen neue Steuerzahler nach Rümligen ziehen.

Werner Marti fragt, welche Flächen favorisiert sind und in die Planung miteinbezogen werden sollen. Er erinnert an seine seinerzeitigen Bauabsichten und die Tatsache, dass der Wunsch nach Erstellung eines Stöcklis nicht bewilligt wurde.

Beat Graf differenziert und weist darauf hin, dass es nicht Sache des Gemeinderates sei, den Neubau eines nichtlandwirtschaftlich genutzten Gebäudes in der Landwirtschaftszone zu bewilligen. Es gelten die Raumplanungsvorschriften des Bundes und des Kantons. Im Bereich Hasli habe die Gemeindeversammlung mit der Errichtung der Weilerzone die grösstmögliche Optimierung bereits vorgenommen. Anlässlich der Ortsplanungsrevision kann geprüft werden, ob die Weilerzone allenfalls noch optimiert werden kann. Es ist aber eher unwahrscheinlich, dass im Bereich Hasli und Hermiswil neue Baulandflächen entstehen werden. Die Raumplanungsvorgaben zwingen die Planungsbehörden, angrenzend an die bestehenden Bauzonen Erweiterungen vorzunehmen. Es ist auch absehbar, dass nicht alle Einzonungsbegehren berücksichtigt werden können. Ideen für Einzonungen bestehen zur Zeit in folgenden Bereichen:

- Erweiterung Quartier Oele-Schindelacker
- Erweiterung der Zone an der Riggisbergstrasse
- Hang zwischen Rest. Schwanen und Mannenbühl
- Zwischen Hübeli und der Riggisbergstrasse

Es ist Aufgabe des Gemeinderates als Planungsbehörde, in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung die favorisierten Bereiche zu definieren. B. Graf ermuntert die Bevölkerung, am Mitwirkungsverfahren teilzunehmen. Spätestens mit der Genehmigung an der Gemeindeversammlung im Herbst 2009 wird die Bevölkerung abschliessend Einfluss nehmen können.

Urs Marti fragt, wann das aktuelle Leitbild allenfalls ändern könnte.

Eduard Probst zeigt auf, dass das Leitbild voraussichtlich im Frühjahr 2009 nach Beginn der neuen Legislatur auf die Tauglichkeit hin überprüft wird. An der bisherigen Praxis der Mehrwertabschöpfung soll festgehalten werden. Diese Erträge seien zweckgebunden für die Erschliessung einzusetzen.

Andres Haueter meldet sich und erklärt, dass seine geplante Frage betreffen Mehrwertabschöpfung soeben beantwortet wurde.

Antrag des Gemeinderates

Für die Durchführung der Ortsplanungsrevision wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 48'000.— genehmigt.

Beschluss

Die Gemeindeversammlung genehmigt den Antrag des Gemeinderates mit 29 Ja zu 12 Nein-Stimmen.

3

Verschiedenes

Gutenbrünnenstrasse

Willy Lüthi erkundigt sich nach dem aktuellen Stand in Bezug auf die Gutenbrünnenstrasse. Die Eigentümerin S. von Stockar verhindert den Passanten oft die Durchfahrt und er beschreibt verschiedene Begebenheiten. Er fragt, ob die Gemeinde etwas veranlassen könnte, um das Problem zu lösen.

Eduard Probst beschreibt, dass ein Durchgangsrecht für die Öffentlichkeit besteht, dass Frau von Stockar dieses aber beschränken möchte. Die Gemeinde hat beim Gericht in Belp bereits den 1. Aussöhnungsversuch und eine erste Verhandlung besucht. Zur Zeit prüft der Richter, ob er für den Entscheid überhaupt zuständig sei.

Fürsprecher **Peter Augsburg**, Vertreter der Gemeinde Rümligen im vorliegenden Geschäft, zeigt auf, dass das Durchgangsrecht seit 1912 im Grundbuch eingetragen ist. Evtl. besteht die Durchgangsberechtigung bereits länger. Frau von Stockar vertritt den Standpunkt, dass das Durchgangsrecht einzig noch von den BewohnerInnen der Weid von Rümligen genutzt werden darf.

Eduard Probst verweist auf einen Entscheid des Regierungsstatthalters bezüglich „Gutenbrünnen“-Wegweiser am Beginn der Gutenbrünnenstrasse, welcher nicht entfernt werden muss. Auch gestützt darauf hofft er, dass die Gemeinde im laufenden Verfahren gute Chancen hat. Verärgerten Bürgerinnen und Bürgern bleibt je nach Situation immer noch der Weg der Privatklage offen. Die Gemeinde bearbeitet das Geschäft, hat aber begrenzte Möglichkeiten, etwas zu verändern.

Willy Lüthi zeigt auf, dass er und früher auch sein Vater jeweils den Bach unterhalten haben. Er fragt, ob er denn den Bachunterhalt nicht mehr ausführen dürfe und ob er sich damit allenfalls strafbar mache.

Eduard Probst zeigt sich froh darüber, dass gewisse BürgerInnen beim Bachunterhalt selbständig mithelfen und die Gemeinde dadurch entlasten. Eduard Probst zeigt auf, dass die Zusammenarbeit mit Frau von Stockar zur Zeit schwierig sei.

Werner Stalder ergänzt und erwähnt, dass Frau von Stockar über Fischezenrechte verfügt. Dadurch ist die Gemeinde gezwungen, geplante Unterhaltsarbeiten mit Frau von Stockar abzusprechen. Es muss jeweils eine Unterhaltsanzeige eingereicht werden und mit dem Fischereiaufseher wird das ideale Datum für die Arbeitsausführung abgesprochen. Dieser umständliche Weg verzögert oft die Arbeitsausführung. Im Jahr 2008 wurden am Bächli zwischen Bächli (Stockackerstrasse) und Quartierbeginn Oele-Schindelacker Unterhaltsarbeiten ausgeführt. Zur Zeit wird eine Projektstudie

ausgearbeitet, mit welchen baulichen Massnahmen die Wassermenge in den Bächen dosiert werden könnte.

Verkehrssicherheitsmassnahmen – Geschwindigkeitsbeschränkungen

Rolf Aebischer fragt, weshalb die errichtete 30er-Zone nicht über ein noch grösseres Gebiet ausgedehnt worden sei. Die Geschwindigkeit werde nicht eingehalten.

Eduard Probst erklärt, dass das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (SVSA) lediglich den aktuell gültigen Bereich bewilligt hat.

Rolf Aebischer beantragt, auf der Schulhausstrasse eine Schwelle einzubauen. Zum Schutz der Fahrradfahrer soll die Schwelle nur über einen Teil der Strasse verlegt werden.

Beat Graf blickt zurück und erwähnt, dass diese Idee bereits geprüft wurde. Seitens der Beratungsstelle für Unfallverhütung und des SVSA wurde dringend davon abgeraten. Es gefährde die Fahrradfahrer um ein Vielfaches, die landwirtschaftlichen Fahrzeug hätten Probleme mit den Schwellen und während der Winterzeit müssten die Schwellen entfernt werden (Winterdienst) und es bestünde in dieser Zeit keine Wirkung. Die Gemeindeversammlung kann über den Antrag nicht abstimmen, weil das Geschäft in die Zuständigkeit des Gemeinderates falle. Der Gemeinderat kann das Anliegen zur Prüfung entgegen nehmen.

Max Leiser zeigt die Möglichkeiten und Zusammenhänge auf bezüglich Geschwindigkeitskontrollen. Die Bussenerträge würde der Kanton einziehen. Das Anbringen eines Messgerätes wäre auch möglich. Erfahrungsgemäss fahren die Verkehrsteilnehmer aber noch schneller als vorher.

Willy Lüthi erwähnt erneut, dass auf der Riggisbergstrasse zu wenig kontrolliert wird.

Werner Stalder erwähnt, dass der Gemeinderat jährlich über die durchgeführten Kontrollen informiert werde. Im Jahr 2007 wurde lediglich 2x eine Kontrolle durchgeführt, anstelle der geforderten 4 Messungen. Gemessen werden sollte zu Zeiten, wenn die schwächsten Verkehrsteilnehmer unterwegs sind. Er habe bei der Polizei bereits beantragt, auch zu anderen Zeiten und in den 30er-Zonen der Gemeinde Messungen vorzunehmen.

Auf Frage von Eduard Probst erklärt Grossrat **Matthias Burkhalter**, dass die Frage bereits einmal diskutiert worden sei und seine Intervention bei den zuständigen Polizeistellen auf kein Interesse gestossen sei.

Hans Zoss stört sich daran, dass für Geschwindigkeitskontrollen zu wenig Kapazitäten bestehen, dass aber während der EURO 2008 sehr viele Polizisten eingesetzt werden.

Gemeindeverwaltung, Personalwechsel

Eduard Probst zeigt auf, dass das austretende Personal, insbesondere Anna Dreier, Verwaltungsangestellte, bereits verabschiedet worden sei. Beat Graf tritt als Gemeindeverwalter aus. Eduard Probst beschreibt seine Arbeit seit seinem Eintritt im Jahr 2001, welche er mit grosser Gewissenhaftigkeit ausgeübt hat, verdankt diese ganz herzlich und überreicht ihm ein Geschenk. Der neuen Gemeindeverwalterin Kathrin Schmid wünscht er einen guten Start und viel Glück.

Rudolf Hächler erinnert an seinen Zuzug nach Rümligen zusammen mit seiner Partnerin und würdigt die Arbeit von Beat Graf. Dieser habe sie beim Zuzug in Rümligen herzlich willkommen geheissen und begleitet. Den Austritt von Beat Graf bedauert er sehr, versteht aber die Beweggründe. Als Dank für die Arbeit überreicht er ihm ein Geschenk und wünscht ihm alles Gute.

Eduard Probst bedankt sich bei den Anwesenden für ihr Erscheinen und wünscht gute Heimkehr. Aus Anlass des Austritts von Beat Graf offeriert der Gemeinderat der Bevölkerung ein Apéro.

EINWOHNERGEMEINDE RÜMLIGEN
Der Präsident Der Sekretär

Eduard Probst Beat Graf